

Pressemitteilung des Aktionsbündnis Salzfreies Märchenland e.V.

UBA – Stellungnahme zur Werraversalzung: Inhalt erfreulich, Empfehlung enttäuschend

Mit der Stellungnahme des Umweltbundesamtes zur Salzabwasserproblematik der Kaliindustrie ist nun von unabhängiger Seite bestätigt, dass die neuen technischen Verfahren zur abstoßfreien Kalidünger-Produktion prinzipiell machbar sind. Es ist auch erfreulich, wenn die Kostenschätzung des UBA sowohl für die Investitionen als auch für den Betrieb deutlich unter zwei Dritteln der Schätzung von K+S / Ercosplan liegen. Der Zeitraum für die Vorarbeiten und die Planungsarbeiten für die Genehmigung wird mit 4-5 Jahren auch kürzer geschätzt als die vorgelegten Pläne für eine Oberweser-Pipeline. „Damit sollte der Weg für eine moderne, umweltfreundliche und zukunftsfähige Kaliproduktion geebnet sein“ so Wolfgang Wiest vom Aktionsbündnis Salzfreies Märchenland.

Doch weit gefehlt: Die Empfehlung lautet, dass diese technischen Verfahren nicht wieder in die Diskussion aufgenommen werden sollen. Die Begründung: Es fehle an Zeit, Geld, realen Umsetzungschancen und einer Lösung für die Haldenabwässer nach der Betriebsphase. Aus Sicht des Aktionsbündnis Salzfreies Märchenland ist das völlig unverständlich, denn diese Verfahren wurden jahrelang von den Akteuren bei K+S, am Runden Tisch und von den Behörden mit allen Mitteln negiert, außerdem ist deren jüngst vorgestellter sechzig-Jahres-Plan noch viel langsamer. Geld für Voruntersuchungen sollte bei Milliardengewinnen des Verursacherkonzerns ausreichend vorhanden sein. Umsetzungschancen fehlen, weil der Konzern sich dem schlicht verweigert und, etwas weiter unten wird der Text klarer: seitens K+S „die Möglichkeit der Werkschließung bei Ineffizienz angedeutet bzw. unterschwellig angedroht wird“. Kann es sich eine Demokratie leisten, wegen Investitionen in der Höhe eines Jahresgewinns, Arbeitnehmer-Schicksale gegen den Schutz der Lebensgrundlage Trinkwasser auszuspielen?

Beim UBA wurde die Situation wohl erkannt und praktisch eine Handlungsanweisung formuliert: Man käme bei geänderten Randbedingungen zum gegenteiligen Votum, d.h. entweder jemand übernimmt die Finanzierung und Entwicklung freiwillig oder gerichtliche oder staatliche Vorgaben erzwingen die Reduzierung der Einleitung von Abwässern in die Gewässer. Die Entwicklung des hierfür nötigen politischen Willens will das Aktionsbündnis gerne unterstützen. Denn auch beim letzten Punkt, der Lösung der Haldenabwasserproblematik, haben die technischen Verfahren die Nase vorn: Immerhin unterbleiben damit Haldenerweiterungen und man schafft 50 Jahre Zeit, um dauerhafte Lösungen zu finden. Dagegen nennt der sechzig-Jahres-Plan der Landesregierung diesbezüglich lediglich die zeitlich gestreckte Verklappung in die Werra. Könnte es sein, dass hier die Sorge besteht, dass der mit den technischen Verfahren erreichte gute Zustand der Gewässer nach der Betriebsphase nicht wieder verschlechtert werden dürfte? Ist es redlich, deswegen auf permanent schlecht bleibenden Zustand zu setzen? Dabei wird übersehen, dass die Forderung nach umweltfreundlichem Bergbau auch Nachhaltigkeit zum Ziel hat und zu einer Verlängerung der Betriebsphase führt.

Die Flussgebietsgemeinschaft ist nun gefordert, die erneut belegte technische Machbarkeit und Verhältnismäßigkeit der abstoßfreien Düngerproduktion konsequent zur Grundlage der Festlegung von Schadstoff-Grenzwerten in Werra und Weser zu machen und so ihrem Auftrag gerecht zu werden, die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Die Hessische Landesregierung fordern wir erneut auf, sich politischen Handlungsspielraum zu erhalten und von dem geplanten Vertrag mit K+S abzusehen.